

SIEGFRIED WENZEL

Erfahrungen aus dem ersten Sozialismusversuch in Europa

Wenn über die Gestaltung künftiger Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen nachgedacht wird, sollte zunächst geklärt werden, welcher Abschnitt der künftigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung dabei ins Auge gefaßt wird. Dies gilt zumal dann, wenn ein weitreichender Konsens darüber besteht, daß die Gestaltung einer gegenüber den gegenwärtigen kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Verhältnissen qualitativ anderen Ordnung unter den gegebenen Verhältnissen keine Tagesaufgabe ist.

Daraus ergeben sich drei Schlußfolgerungen als Voraussetzungen und Bedingungen solcher Überlegungen.

Erstens ist die programmatische Ausarbeitung des Zieles und der Gestaltung einer neuen alternativen Gesellschaft ein Zukunftsprojekt. Das Scheitern des ersten großen Versuchs zur Schaffung einer alternativen Gesellschaft in Europa hat die ganze Problematik und Schwierigkeit der Ausarbeitung eines solchen weit in die Zukunft reichenden Projektes deutlich gemacht. In die von *Marx* und *Engels* vorgezeichneten Konturen einer alternativen Gesellschaft müssen die Erfahrungen und Ergebnisse der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten 150 Jahre substantiell einbezogen werden. Vor allem sollte man sich vor detailliert-konstruierten, ausgedachten Projekten hüten. Die Vorstellungen, Annahmen und Visionen dürfen nicht den Charakter unumstößlicher Dogmen annehmen und die notwendige Diskussion heute darüber sollten nicht zu einem ideologischen Glaubenskrieg ausarten.

Zweitens ergibt sich daraus, daß die Ausarbeitung einer politischen Strategie für die aktuelle politische Situation und für die nahe Zukunft, des voraussichtlich längeren Weges in Richtung einer solchen qualitativ anderen Ordnung, mindestens die gleiche, wenn nicht eine größere Bedeutung besitzt als die detaillierte Ausarbeitung des eigentlichen, in der Ferne liegenden Ziels. Das ist nicht nur eine Frage der ›praktischen Politik‹ oder der Taktik. Das setzt eine begründete, von der Realität ausgehende Strategie auch für die Gegenwart und nahe Zukunft voraus. Sie könnte mit der Formel beschrieben werden: ›Änderung des Bestehenden auf der Grundlage des Bestehenden‹. Viele Kritiken, Mißverständnisse und Fehlinterpretationen zum Programmentwurf (I) der PDS rühren offensichtlich gerade daher, daß diese beiden unterschiedlichen Zeitebenen und die jeweils in ihren Rahmen zu lösenden spezifischen Aufgaben nicht klar genug zugeordnet sind.

Drittens ist eine Richtungsentscheidung erforderlich. Dieses qualitativ Neue muß offenbar auf dem Wege der schrittweisen Umge-

Siegfried Wenzel – Jg. 1929; Diplomökonom, studierte Volks- und Betriebswirtschaftslehre an der Universität Leipzig und arbeitete später in der Leitung der Bäuerlichen Handelsgenossenschaften sowie der Staatlichen Plankommission der DDR, wo er zuletzt Stellvertreter des Vorsitzenden, insbesondere verantwortlich für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, war; er war Mitglied der Regierungsdelegation zur Vorbereitung der Währungsunion BRD – DDR und hat bisher vor allem zur Wirtschaftsgeschichte der DDR publiziert.

staltung der jetzt bestehenden Ordnung angestrebt werden, das heißt auf dem Boden der parlamentarisch-demokratischen Ordnung, des Parteienpluralismus, der Gewinnung politischer Mehrheiten. Entschieden man sich für den gewaltsamen Weg, ist dies mit unberechenbaren Entwicklungen verbunden, die die Existenz dieses Planeten oder wesentlicher Teile von ihm in Frage stellen können. Wenn es nicht gelingt, selbst über kleine Schritte, eine Umkehrung der gegenwärtig neoliberal geprägten Wirtschaftsentwicklung hin zu sozialer Gerechtigkeit und Beschneidung der blinden Kräfte des Marktes durch Steuerung und Lenkung zu erreichen, wird das Ziel der Schaffung einer alternativen Gesellschaft – und sei sie noch so gründlich und detailliert ausgearbeitet – immer weiter in die Ferne rücken.

Markt und Wertgesetz

»Die Planwirtschaften mußten scheitern, weil sie von einem selbstlosen Menschen ausgehen, den es auf Erden nicht gibt. Die Marktwirtschaft ist dagegen auf einem real existierenden Menschenbild begründet, einem Menschen, der eigene Interessen verfolgt und Fehler hat.«
Otto Graf Lambsdorff

Welche Erfahrungen können aus dem ersten, gescheiterten Versuch zur Schaffung einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gezogen werden? Das Konzept der staatssozialistischen Wirtschaftsorganisation des 20. Jahrhunderts leitete sich aus der Überzeugung ab, daß die blinden Gesetze des Marktes die Ursache grundlegender ökonomischer und gesellschaftlicher Fehlentwicklungen sind und nur durch die Beseitigung der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung selbst und ihres Regelmechanismus überwunden werden können. Das marktwirtschaftliche Grundmuster sollte durch die bereits im *Kommunistischen Manifest* geforderte Vergesellschaftung der Produktionsmittel und durch die zu einem Gesetz erhobene planmäßig-proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft ersetzt werden. Das Hauptinstrument hierfür war der alle wesentlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche umfassende Plan. Das führte unter den gegebenen historischen und materiellen Voraussetzungen zum Typ einer *zentral geleiteten Verwaltungswirtschaft*, die die Wirkungen des Wertgesetzes, das als Bestandteil der ökonomischen Gesetze des Sozialismus bezeichnet wurde, und damit die Warenwirtschaft einer zentralen, teilweise voluntaristischen Planung zu unterwerfen versuchte.

Ein solches Modell hat sich, auch nach Auffassung führender Ökonomen wie *John Kenneth Galbraith*¹ und Historiker wie *Eric Hobsbawm*² hinsichtlich der Lösung ökonomischer und sozialer Grundaufgaben als brauchbar und funktionsfähig erwiesen. Sie weisen auf die Bewältigung der Industrialisierung eines solchen riesigen und halbfeudalen Landes wie der UdSSR in sieben bis zehn Jahren, die Schaffung einer schwerindustriellen Basis und die Überwindung unvorstellbarer Kriegsschäden in den osteuropäischen Ländern ohne fremde Hilfe. Es erwies sich jedoch, daß nach der Lösung solcher Grundaufgaben und der damit einher gehenden Steigerung des ökonomischen Niveaus unter friedlichen Bedingungen die

Beherrschung der ständig zunehmenden Vielfalt, besonders im konsumtiven Bereich, mit Hilfe einer administrativen, verwaltungsmäßigen Planung kompliziert ist und immer schwieriger wurde. Es kam die bittere Erkenntnis hinzu: Das als Volkseigentum bezeichnete Staatseigentum an Produktionsmitteln, eine der im *Kommunistischen Manifest* vorgezeichneten Grundprämissen dieses Modells,

blieb für den einzelnen wie für Kollektive weitgehend anonym. Obwohl man sich hinsichtlich der allgemeinen Vergesellschaftung der Produktionsmittel auf *Marx* und für die Übergangsperiode hinsichtlich der Form des Staatseigentums auf *Engels* berufen kann, war diese Form des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln und die davon ausgehende mangelnde persönliche Motivation eine der entscheidenden Ursachen für das Scheitern dieses Versuchs in Europa.

Trotz dieser grundlegenden Probleme muß man jedoch deutlich *Ernest Mandels*³, aber auch bei anderen Linken anzutreffenden Auffassung widersprechen, die diesen ersten Versuch zur Schaffung einer alternativen Gesellschaft als eine »bürokratisch zentralisierte Befehlswirtschaft« oder als eine »bürokratische Produktionsweise mit monopolistischem Überbau« bezeichnen, die mit den Marxschen Sozialismusvorstellungen nichts gemein gehabt hätte.

Erstens kann niemand bestreiten, daß das bestimmende Motiv der Entwicklung der staatssozialistischen Wirtschaft und Gesellschaft nicht das Profitinteresse von Privateigentümern an Produktionsmitteln war, sondern die Erhöhung von Produktivität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft mit dem Ziel der Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung. Zweitens waren die Kräfte des Marktes durch das Anstreben der planmäßig-proportionalen Entwicklung auf der Grundlage des vergesellschafteten beziehungsweise verstaatlichten Eigentums an den Produktionsmitteln weitgehend ausgeschaltet. Drittens wurde zwar ein möglicherweise für die bestehende Realität zu stark egalitär geprägtes, aber mehr oder weniger in sich geschlossenes System der sozialen Sicherheit geschaffen, das solche Auswüchse der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Ordnung wie Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Kinderarmut, Bettelei nicht kannte.

Trotz offener, nicht oder nicht optimal gelöster innerer Probleme sowie »genetischer« Fehler der staatssozialistischen Gesellschaftssysteme wurden auf ihrer Grundlage in der DDR wesentliche Aufgaben auf dem Wege zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung gelöst. Es entstand ein mehr oder weniger stark ausgeprägtes eigenes ökonomisches, soziales und bewußtseinsmäßiges Wertesystem. Grundlage dafür waren die durch den gesamtgesellschaftlichen Plan zielgerichtet veränderten und entwickelten materiellen Bedingungen. Dazu gehörte zum Beispiel in der DDR, daß 92 Prozent der Frauen im berufsfähigen Alter tatsächlich auch berufstätig waren, wobei etwa ein Drittel auf eigenen Wunsch halbtags oder sogar nur stundenweise gearbeitet hat. Das war aber nur deshalb möglich, weil für alle Kinder zwischen einem und sechs Jahren die Möglichkeit bestand, in Kindertagesstätten gegen geringes Entgelt von Fachpersonal betreut und versorgt zu werden. Bis zur vierten Klasse war die Ganztagschule Realität. Das war die entscheidende materielle und gesellschaftliche Voraussetzung dafür, daß – wie im Bericht des Bonner Ministeriums für innerdeutsche Beziehungen *Zur Lage der Nation im geteilten Deutschland* von 1987 festgestellt wurde – die Geburtenquote je Einwohner in der DDR von 1978 bis 1984 um 46 Prozent höher lag als in der damaligen Bundesrepublik. Und das, obwohl es in den alten Bundesländern den § 218 und in der DDR die von der Sozialversicherung bezahlte »Pille« und die Fristen-

Ausgehend von der Tatsache, daß das Staatseigentum sowjetischen Typs von der Mehrheit der Bevölkerung nicht als das ihnen gehörige angenommen wurde, entwickelte die jugoslawische Führung unter *Tito* und *Kardelj* in den fünfziger und sechziger Jahren die Idee des gesellschaftlichen Gruppeneigentums. Aber auch diese alternative Form gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln hat sich für die Hauptbereiche der Wirtschaft, für Industrie und Verkehrswesen, nicht bewährt. In einer hoch arbeitsteiligen Wirtschaft ist die plausible Vermittlung des Mittragens entstehender Verluste bis zum einzelnen Teilnehmer am Arbeitsprozeß schwierig und deshalb nicht realisierbar. Wahl und Absetzbarkeit von Leitungen im Produktionsprozeß führten zu Instabilität und untergruben Ordnung und Disziplin.

Zuweilen wird behauptet, daß ein Nachteil des Sozialismusversuches in der DDR darin bestand, daß alles geregelt gewesen wäre – Schulausbildung, berufliche Ausbildung, Studium, gesicherter Arbeitsplatz usw. – von der Wiege bis zur Bahre. Es stimmt, daß durch den Plan nicht nur die Grundrichtungen, sondern auch das strukturelle und detaillierte Gitternetz der ökonomischen und sozialen Entwicklung zentral bestimmt war. Es ist aber offensichtlich falsch zu behaupten, daß durch die gleichgerichtete, detaillierte Festlegung dieser Bedingungen Motivation, Initiative und Selbstbestimmung erstickt würden. Die Nutzung der planmäßig geschaffenen Möglichkeiten lag auch in den Planökonomien in der Hand jedes einzelnen, erforderte seinen Einsatz, seine Anstrengungen.

lösung in bezug auf die Möglichkeit zur Schwangerschaftsunterbrechung gab. Die Frauen in der DDR besaßen aufgrund ihres eigenen Arbeitseinkommens eine selbständige wirtschaftliche und soziale Position sowohl in der Familie als auch im öffentlichen Leben, was unzweifelhaft die entscheidende Voraussetzung für wirkliche Gleichberechtigung ist. Im Unterschied zur damaligen BRD, wo verbreitet noch heute der allein verdienende Ehemann das Leitbild ist, bestand in der DDR das Einkommen der statistischen Durchschnittsfamilie aus drei Säulen: dem Arbeitseinkommen des Ehemanns, dem Arbeitseinkommen der Ehefrau sowie den Einsparungen aufgrund der umfassenden Subventionierung der Waren des Grundbedarfs, der Verkehrsleistungen und Mieten. Diese Subventionen betragen etwa 75 Prozent des Durchschnittslohnes eines Beschäftigten. Das wiederum hatte grundlegende Auswirkungen unter anderem auf die Gestaltung des Tarifsystems und des Rentenrechts, die heute noch nachwirken. Das führte zu einer anderen strukturellen Verfassung der Gesellschaft bis hinein in die Familie. Es handelte sich zweifellos um ein alternatives Gesellschaftsmodell mit wesentlich sozialistischen Zügen.

Ein Grundproblem dieses Modells bestand darin, daß anstelle der auf individuelle Nutzenmaximierung setzenden Kräfte des Marktes das Interesse der Beschäftigten an hohen Produktions- und Effektivitätsergebnissen durch ein Geflecht materieller und moralischer Anreize geweckt werden sollte. Da diese Anreize jedoch an die Erfüllung und Übererfüllung der zentral vorgegebenen Planaufgaben gebunden waren – andere Methoden erwiesen sich als noch weniger praktikabel –, ergab sich eine weitverbreitete kontraproduktive Interessenlage bei Arbeitern und Betrieben. Es wurden ›weiche‹ Pläne angestrebt, für deren ›Übererfüllung‹ und die damit verbundenen zusätzlichen Prämierungen gute Chancen bestanden. Das war ein ungelöstes Problem mit weitreichenden Auswirkungen. Die ›Peitsche des Marktes‹ oder die ›unsichtbare Hand‹, von der *Adam Smith* spricht, fand in den Modellen der Planökonomien keine hinreichenden systemkonformen Entsprechungen. Darin lag ein Hauptgrund für Wachstumsschwäche und Ineffizienz – obwohl es nach der ideologischen Doktrin hätte genau umgekehrt sein müssen. Die sich daraus ergebenden Schlußfolgerungen sind zweifellos ein Kernpunkt der künftigen Gestaltung einer fortschrittlichen, menschenfreundlichen, sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsformation.

Welche grundlegenden Erfahrungen ergeben sich aus dem staatssozialistischen Versuch besonders hinsichtlich der Rolle des Wertgesetzes und des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus für eine alternative Wirtschaftsorganisation der Zukunft? Das Wirtschaftssystem der Planökonomien bediente sich der ökonomischen Kategorien wie Wert, Geld, Preis, Kosten, Gewinn. Das Wertgesetz wurde in der Theorie dieser Modelle als ›Gesetz der Warenproduktion‹ und gleichzeitig als »ein notwendiger Bestandteil der ökonomischen Gesetze des Sozialismus«⁴ bezeichnet. Das heißt, das staatssozialistische Modell hatte sich auch für die erste Phase einer neuen Gesellschaft, der sozialistischen, für die Nutzung der Warenwirtschaft und des Wertgesetzes entschieden. Das sollten vor allem diejenigen bedenken, die die Nutzung des marktwirtschaftlichen

Regulierungsmechanismus auch beim Übergang in eine künftige sozialistische Gesellschaft heftig kritisieren. Das Problem der Nutzung der Wertkategorien bestand aber darin, daß die für ihre Wirkung notwendige objektive Grundlage fehlte: nämlich ein mehr oder weniger autonomer Markt. Gerade dieser wurde aus ideologischen und doktrinären Gründen strikt abgelehnt. Vor allem die Preisbildung und damit eng verbundene Kategorien unterlagen oft außerökonomischen, voluntaristischen Entscheidungen. Je länger sie, ohne am Markt überprüft zu sein, angewandt wurden, desto weiter entfernten sie sich von den Realitäten und verloren ihre Steuerungsfunktion, wirkten oftmals sogar kontraproduktiv. Der Verbund der sozialistischen Staaten besaß deshalb auch nie eine eigene, von allen Teilnehmern anerkannte Preisbasis, da es – entgegen den verkündeten Deklarationen – keinen sozialistischen Weltmarkt gab.

In der DDR wurde diese Problematik besonders deutlich an der wirtschaftspolitischen Entscheidung der unveränderlichen Preise für Güter des Grundbedarfs (ca. 80 Prozent der Konsumgüter) – teilweise auf dem Vorkriegsniveau. Je länger die Preise eingefroren blieben, um so mehr wichen sie vom tatsächlich notwendigen gesellschaftlichen Aufwand ab. Für einen großen Teil des gesellschaftlichen Produktes war damit die Wirkung des Wertgesetzes praktisch aufgehoben oder doch wesentlich eingeschränkt. Das wirkte vor allem in zweierlei Hinsicht kontraproduktiv. Einmal verzerrten sich die Preisverhältnisse zwischen den Waren des Grundbedarfs und den anderen, hauptsächlich industriell auf hohem technischen Niveau erzeugbaren Waren. Zum anderen wurde den Verbrauchern der tatsächliche ›Wert‹ dieser subventionierten Erzeugnisse und Leistungen nicht mehr bewußt, und es verbreiteten sich Verschwendung und unachtsamer Umgang. Es wurde nicht sicht- und spürbar, daß der bedeutende Subventionsaufwand die Investitionen an anderer Stelle einschränkte. Das galt gleichermaßen auch für andere Leistungen, die hoch subventioniert waren, wie Kinderkrippen- und Kindergartenplätze, Verkehrstarife, Mieten usw. Diese spezielle Form der Mißachtung des Wertgesetzes war jedoch keine systembedingte Zwangsläufigkeit. Eine dem tatsächlichen Wert angenäherte Erhöhung der Preise für den Grundbedarf hätte durch die Erhöhung der Löhne, Renten, Stipendien usw. in vollem Umfang ausgeglichen werden können. Der einzelne hätte außerdem eine größere eigene Entscheidungsfreiheit darüber gehabt, wofür er sein Einkommen einsetzt. Diesbezügliche Vorschläge wurden von der SED-Führung zweimal abgelehnt.

Eine wesentliche Erfahrung der Praxis der Planökonomien besteht darin, daß der Preis als grundlegender Faktor des Wirtschaftsgeschehens nicht künstlich nachgebildet werden kann. Aus diesem Dilemma gibt es offensichtlich in der überschaubaren Zukunft nur zwei Auswege. Entweder muß auf die Nutzung des Wertgesetzes ganz verzichtet werden oder nicht nur das Wertgesetz, sondern auch der dezentrale marktwirtschaftliche Regulationsmechanismus als notwendiger Bestandteil dieses Systems, zumindest in der ersten Phase einer sozialistisch/kommunistischen Gesellschaft, ist anzuerkennen.

Man sollte dabei die unter Linken verbreitete Ablehnung des Wertgesetzes und des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus

Vielleicht ist es schmerzhaft, aber offensichtlich muß man zur Kenntnis nehmen, daß viele – wahrscheinlich zur Zeit die Mehrheit der Menschen – bereit sind, für die Aussicht auf persönliche Vorteile, Karriere und Vorwärtkommen sich dem größeren Leistungsdruck, der individuellen Konkurrenz, auch zu Lasten der Mitmenschen, zu unterwerfen, ohne alle Konsequenzen ausreichend und in ihrer nachhaltigen, langfristigen negativen Wirkung für sich selbst und die Gesellschaft voll erfassen zu wollen.

Die Werttheorie war keine Erfindung von *Marx*, sondern der Hauptgegenstand der klassischen bürgerlichen politischen Ökonomie von *David Ricardo*, *John Stuard Mill* und vor allem *Adam Smith*. Im ersten Band des *Kapital* schreibt *Marx*: »Der Warenaustausch beginnt, wo die Gemeinwesen enden. (...) Sobald Dinge aber einmal im auswärtigen, werden sie rückschlagend im inneren Gemeinleben zu Waren. (...) Die beständige Wiederholung des Austausches macht ihn zu einem regelmäßigen gesellschaftlichen Prozeß. (...) Ihr Gebrauchswert scheidet sich von ihrem Tauschwert. (...) Die Gewohnheit fixiert sie als Wertgrößen.«

Fritz Behrens, Professor für Politische Ökonomie an der Karl-Marx-Universität Leipzig, zeitweise Leiter der Statistischen Zentralverwaltung der DDR und der Sektion Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften, beschäftigte sich frühzeitig intensiv mit der Bewertung der Arbeit sowie den Möglichkeiten der Messung des Niveaus und der Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der DDR und international. Siehe dazu seine Arbeiten *Alte und neue Probleme der politischen Ökonomie* (Berlin 1948), *Die Arbeitsproduktivität* (Leipzig 1952), *Die Zeitsummenmethode* (Berlin 1961).

nicht unterschätzen. Aktuell und vehement wird eine solche Konzeption vertreten von *Robert Kurz*⁵ Für ihn ist der Markt und das Wertgesetz zu ersetzen, indem »die Gesellschaftsmitglieder über den gemeinsamen Einsatz ihrer materiellen Ressourcen diskutieren und beschließen, demgemäß die Naturstoffe umformen und schließlich die Produkte zwecks Bedürfnisbefriedigung konsumieren«. Wie das im Detail aussehen soll und wahrscheinlich auch nur aussehen könnte, hat *Ernest Mandel* 1989⁶ folgendermaßen erläutert: »In den Fabriken, die Konsumgüter herstellen, würde der Produktionsumfang durch vorher gehende Beratungen zwischen Arbeiterräten und den von der Masse der Bürger gewählten Verbraucherversammlungen ermittelt. Ihnen würden verschiedene Modelle vorgelegt, zum Beispiel verschiedene Schuhmodelle, die von den Verbrauchern begutachtet, kritisiert und durch andere ersetzt werden könnten. Ausstellungen und öffentliche Anschlagtafeln wären die Hauptinstrumente für solche Verbrauchertests. Es könnte eine Art Referendum stattfinden, in dem ein Verbraucher, der Anspruch auf sechs Paar Schuhe hat, sechs Modelle auf einer Liste ankreuzt, die einhundert oder zweihundert Wahlmöglichkeiten aufweist«. Selbst wenn man für das dahinter stehende Anliegen eine bestimmte Sympathie empfindet, ist es schwer vorstellbar, wie eine solche Konzeption in die Realität umgesetzt werden kann. Damit erledigt sich auch die heftige Kritik *Mandels* und anderer am staatssozialistischen Modell sowohl in der UdSSR als auch der DDR. Es genügt, sich die möglichen konkreten Wege einer Beseitigung des Wertgesetzes und seiner Kategorien in konkreten Situationen – zum Beispiel in der DDR – vorzustellen, um die Realitätsferne einer solchen Auffassung deutlich zu machen.

In diesem Zusammenhang muß ein weiteres Problem in die Betrachtung einbezogen werden. *Karl Marx* hat in seiner *Kritik des Gothaer Programms*⁷ »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung« als das grundlegende Verteilungsprinzip der ersten Phase einer kommunistischen Gesellschaft begründet. »Gleich viel Arbeit in einer Form« werde »gegen gleich viel Arbeit in einer andern ausgetauscht«. Und er fährt fort, und das ist offenbar der Knackpunkt: »...und die Arbeit, um als Maß zu dienen, muß der Ausdehnung oder der Intensität nach bestimmt werden, sonst hörte sie auf, Maßstab zu sein«. *Marx* sagt in diesem Entwurf einer weit voraus greifenden Vision von der Struktur einer sozialistischen Gesellschaft nichts zum entscheidenden Punkt, wie denn die Arbeit »der Ausdehnung oder der Intensität nach« zu einem einheitlichen Maßstab werden kann. Kann dies mit Hilfe der Zeit und/oder in der Form differenzierter Koeffizienten für die Schwere und Kompliziertheit der Arbeit erfolgen? Es ist wenig bekannt, daß sich unter anderem Professor *Johannes Rudolph* in den sechziger Jahren mit mathematischen Modellen der Reduktion der verschiedenen komplizierten Arbeiten auf einfache Arbeit als allgemeines Maß intensiv beschäftigte. Aber auch unter Zuhilfenahme von Methoden des Refa-Systems ergaben umfassende Diskussionen, an denen der Autor dieser Zeilen beteiligt war, keine für die Praxis tauglichen Methoden. Man kann *Marx* nicht dafür kritisieren, daß er sich zu diesem damals weit entfernten Problem nicht detailliert geäußert hat. Aber es ist schwer vorstellbar, daß ein solcher einheitlicher Maßstab anders als auf der Grundlage

der abstrakten Arbeit gebildet werden kann. Wenn dem aber so ist, dann bedeutet dies, daß zumindest in der ersten Phase einer sozialistisch/kommunistischen Gesellschaft Austauschverhältnisse auf Grundlage des Wertgesetzes unvermeidbar sind.

Aus all dem drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß die Nutzung des marktwirtschaftlichen Regulationsmechanismus in der nächsten überschaubaren Zukunft des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft – zumindest so lange das Prinzip »...jedem nach seiner Leistung« – ein objektives Erfordernis der Entwicklung der modernen Produktivkräfte ist. Dies führt aber auch zu folgender Schlußfolgerung: Da das Wertgesetz ohne Markt nicht zur Wirkung kommen kann, ist in diesem Zeitraum auch die Existenz eines Marktes nötig. Es war deshalb zwar umstritten, aber folgerichtig, daß die *Thesen zur Programmdebatte der PDS* von 1999 die Feststellung enthielten, daß »der Markt ... trotz seiner sozialen Kälte, ökologischer Blindheit und zerstörerischen Wirkungen zugleich ein unverzichtbarer dezentraler Regulationsmechanismus ist«. Das gilt zumindest für die überschaubare Zukunft. Von den Gegnern dieser Auffassung wird offensichtlich vernachlässigt, daß es einen Markt und damit die Wirkung des Wertgesetzes bereits lange vor der Ausbildung der kapitalistischen Ordnung gegeben hat. Markt und Wirkung des Wertgesetzes gleichzusetzen mit der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft ist eine grobe ahistorische Vereinfachung.

Akteure, Eigentum und Interessen

Wenn man in Ansehung der Erfahrungen des ersten großen Sozialismusversuchs akzeptiert, daß der Markt aufgrund der ständigen Vertiefung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung eine unabdingbare Voraussetzung und zugleich das Ergebnis der Entwicklung der Produktivkräfte war und in der überschaubaren Zukunft noch ist, dann setzt dies die Aktion selbständiger wirtschaftlicher Subjekte beziehungsweise wirtschaftlicher Einheiten voraus. In einer sich erweiternd reproduzierenden Gesellschaft müssen sie nach Mehrprodukt oder – in den Kategorien des Wertgesetzes ausgedrückt – nach Gewinn streben. Das erfordert die eigenverantwortliche Verfügung über die dafür erforderlichen Mittel und die Übernahme des Risikos für ihr Agieren am Markt.

Deshalb ist es schwer verständlich, daß die Formulierung im PDS-Programmtext vom 27. April 2001 – »Unternehmertum und betriebswirtschaftliches Gewinninteresse sind wichtige Bedingungen von Innovation und Effizienz« – so viel Ablehnung provoziert hat. Auch in einer sozialistischen Gesellschaft müssen selbständige Wirtschaftseinheiten als Grundlage für die erweiterte Reproduktion nach Mehrprodukt, das heißt nach Gewinn streben. Wenn man sich aufgrund der gesammelten Erfahrungen für Eigentumspluralismus, insbesondere die Existenz von kleinen und mittleren privaten Unternehmen ausspricht, dann gilt dies auch für diese. Innovation und Effizienz sind dabei aber nur Teilaspekte.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob Marktwirtschaft nicht auch ohne Privateigentum an Produktionsmitteln vorstellbar und möglich ist; ob nicht Wirtschaftsleiter im Auftrage des Staates oder der Gesellschaft am Markt die gleiche Rolle spielen

können wie Manager großer Kapitalgesellschaften. Wie konkrete Beispiele im Staatsbesitz befindlicher Unternehmen in der BRD und in anderen Ländern beweisen, ist dies *vereinzelt* durchaus eine mögliche, bereits praktizierte und auch erfolgreiche Form der Durchsetzung oder Wahrung gesamtgesellschaftlicher Interessen. Die Entwicklung solcher Konzerne wie VEBA und Volkswagen in der BRD, der französischen Flugzeugindustrie, französischer und italienischer Atomkraftwerke und Chemiekonzerne sind Beispiele dafür.

Die gegenwärtig ablaufende neue Stufe der Globalisierung mit ihren für die nationalen Volkswirtschaften gefährlichen Konsequenzen wird von den börsennotierten großen Unternehmungen dominiert. Sie sind die Träger der Fusionswellen, ihre wirtschaftliche Macht sprengt die nationalen Dimensionen. Sie sind in der Regel als Aktiengesellschaften organisiert, ihre Größe ermöglicht ihnen weltwirtschaftlichen Einfluß, und sie sind bereit, diesen in der politischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzung auch einzusetzen. Sie versuchen, die Wirtschafts- und Sozialpolitik national und international gemäß ihren Interessen zu prägen. Die Methoden reichen vom materiell fast unbegrenzt ausgestatteten Lobbyismus bis zur existentiellen Erpressung von Regierungen mit der unverhüllten Drohung, durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland die Massenarbeitslosigkeit zu vergrößern und damit die politische Akzeptanz der demokratisch gewählten Regierung substantiell zu untergraben. Zweifellos handelt es sich hier um den Einsatz wirtschaftlicher Macht, die anderen Teilen und Gruppierungen der Gesellschaft nicht zur Verfügung steht und die auch zu einer Bedrohung der demokratischen Strukturen werden kann. Gerade gegenwärtig wird deutlich, daß die bundesdeutschen Unternehmerverbände BDI, BDA, DIHT und die Vertretung des Handwerks die wirtschaftspolitische Diskussion maßgeblich beeinflussen und sowohl den Staat als auch die Gewerkschaften in die Defensive drängen.

Eine besondere Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Banken, Investmentfonds und Versicherungsgesellschaften. Dort wird mit vergleichsweise geringem Eigenkapital zeitweise nicht gebundenes Kapital sowie das beträchtliche Privatvermögen der Bürger gesammelt und über dessen Verwendung nach ausschließlich privatwirtschaftlichen Gesichtspunkten verfügt. Unabhängig von anderen Entscheidungen ist es also heute eine drängende Frage, Maßnahmen zur Beschränkung des Verfügungsrechtes der Banken, Investmentfonds und Versicherungskonglomerate über das bei ihnen deponierte, volkswirtschaftlich bedeutende Größenordnungen umfassende Fremdkapital bis hin zur Verstaatlichung großer Banken, festzulegen. Die Institution der Landesbanken und die Organisation des gesamten Sparkassenwesens, die sich im staatlichen beziehungsweise kommunalen Eigentum befinden, sind in Deutschland geradezu klassische Beispiele für die erfolgreiche und wirtschaftsstabilisierende Rolle der Verwirklichung eines solchen Konzeptes.

In diesem Zusammenhang ist auch folgendes zu berücksichtigen: Es gehört zu den Besonderheiten der Organisation des Hochkapitalismus in Deutschland, daß die großen Banken zugleich gewichtige Anteilseigner von Aktien der führenden deutschen Konzerne sind. Dies ist in keinem anderen entwickelten Industrieland in einem sol-

chen Ausmaß der Fall. Dieser Umstand führt zu großen wirtschaftspolitischen Machtzusammenballungen und beschwört die Gefahr der Wettbewerbsbeschränkung und des Mißbrauchs dieser Macht herauf. Warum werden solche Grundfragen der Wirtschaftsverfassung eines Landes nicht transparent gemacht und hinsichtlich der erforderlichen Maßnahmen nicht öffentlich diskutiert und verbindlich entschieden? Es ist eine Tatsache, daß die japanische Regierung ernsthafte Schritte unternimmt, um das marode und überschuldete Bankensystem des Landes – offenbar einer der Hauptgründe für die nunmehr zehn Jahre andauernde schwierige Wirtschaftslage der zweitstärksten Wirtschaftsmacht der Welt – durch Staatsintervention und auch durch Privatisierung zu sanieren. Solche wirtschaftspolitischen Maßnahmen sind offensichtlich auch in der Bundesrepublik auf demokratischem Wege und auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung realisierbar – wenn es gelingt, dafür politische Mehrheiten zu gewinnen. Sie würden die ökonomische Rolle des demokratischen Staates im gesamtgesellschaftlichen Interesse wesentlich stärken und einen beachtlichen Schritt zur Zurückdrängung der in Verwirklichung neoliberaler Konzepte vor allem seit den siebziger Jahren übermächtigen *Dominanz des Profitprinzips* bedeuten.

In der Diskussion zu Fragen des Eigentums an Produktionsmitteln ist außerdem von Bedeutung, daß in der rechtlichen Form der Aktiengesellschaften, die seit 1900 im Handelsgesetzbuch festgeschrieben ist, im Grunde genommen die Trennung von Eigentum der Aktionäre und Verfügung über dieses Eigentum durch Vorstände, die im steuerrechtlichen Sinne ›Angestellte‹, also Arbeitnehmer sind, bereits vollzogen ist. In den jährlichen Hauptversammlungen messen die Aktionäre den Erfolg ausschließlich an der Höhe der Rendite auf ihr eingelegetes Kapital. Die Geschichte des Daimler-Konzerns in den letzten zehn Jahren mit einem zweimaligen Erzeugnisstrategiewechsel macht deutlich, über welche Macht diese ›angestellten‹ Vorstände verfügen und wie wenig Einfluß die Mehrheit der Kleinaktionäre besitzt. Das gilt allerdings nicht für die große Aktienpakete besitzenden Banken, die ihre Macht und ihren entscheidenden Einfluß auf das jeweilige Unternehmen mit Aktienanteilen bereits von 20 Prozent an über die Beherrschung der Aufsichtsräte ausüben. Sie sind auch diejenigen, die sowohl die Zusammensetzung der Vorstände als auch die Unternehmenspolitik bestimmen. Man könnte die *Trennung von privatem Eigentum und die Verfügung darüber im gesamtgesellschaftlichen Interesse* als logische Fortsetzung der Grundkonstruktion von Aktiengesellschaften interpretieren. Daß es sich dabei gleichwohl vom Standpunkt des Eigentums um eine sehr sensible und hochpolitische Frage handelt, ergibt sich daraus, daß die Anzahl der Aktionäre in der letzten Zeit stark zugenommen hat – in der BRD gegenwärtig ca. zwölf Millionen (einschließlich Investmentfonds). Als eine Hauptform der Lösung des Widerspruchs zwischen privatem Eigentum an Produktionsmitteln und den Erfordernissen des Managements der gewachsenen Produktivkräfte in einer sozialistischen Gesellschaftsordnung erscheint eine solche Konstruktion – Privateigentum unter Verfügung nach gesamtgesellschaftlichem Interesse – allerdings kaum tauglich; möglicherweise jedoch als Übergangsform.

Mit der Entfaltung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung vor allem im Gefolge der ersten industriellen Revolution ergab sich das Erfordernis des massenhaften Tausches und Austausches zwischen den auf die Herstellung bestimmter Produkte spezialisierten Erzeugern. Es bildete sich der moderne Markt und mit ihm die Marktwirtschaft als Summe der Abläufe und der sich mit der Zeit verfestigenden Regeln und Mechanismen heraus. *Adam Smith* legte in seinem Hauptwerk *Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen* (1776) die Grundlagen der Werttheorie, auf denen *Karl Marx* aufbaute und eine geschlossene Theorie der kapitalistischen Warenwirtschaft schuf.

Grundlegende Schlußfolgerungen müssen offensichtlich aus folgenden Fakten gezogen werden. Die Situation in den entwickelten Industrieländern wird dadurch geprägt, daß der relativ kleinen Zahl großer Aktiengesellschaften eine gewaltige Anzahl von Klein- und Mittelbetrieben gegenüber steht, die in entwickelten Industriestaaten wie zum Beispiel der BRD etwa die Hälfte der wirtschaftlichen Leistung erbringen. Mitte der achtziger Jahre standen in der BRD als einer typischen hoch industrialisierten Volkswirtschaft etwa 3000 Aktiengesellschaften allein etwa 500.000 Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH), vornehmlich Klein- und Mittelbetriebe, gegenüber. Hinzu kommen andere klein- und mittelständische Betriebsformen wie Kommanditgesellschaften (KG), Einzelunternehmer usw. Nicht diese kleinen und mittleren Firmen haben die ökonomischen Potentiale, um den parlamentarisch-demokratischen Staat unter Druck zu setzen. Viele von ihnen unterliegen außerdem selbst dem Diktat der Giganten, weil sie in vielfältiger Form – zum Beispiel als Zulieferer – von ihnen abhängig sind.

Marx und Engels sahen im Privateigentum an Produktionsmitteln die eigentliche Ursache der Teilung der Gesellschaft in die beiden Klassen Bourgeoisie und Proletariat und der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. »Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsmittel in den Händen des Staates, das heißt des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktivkräfte rasch zu vermehren« (Kommunistisches Manifest).

Sowohl hinsichtlich der Strategie für die aktuelle Politik als auch angesichts der voraussichtlich längeren Periode des Weges hin zu einer alternativen Gesellschaft ergibt sich die Schlußfolgerung, daß es verfehlt ist, undifferenziert von »privatkapitalistischem Eigentum« zu sprechen. Eine grundlegende Aufgabe linker Politik kann und muß auf lange Frist darin bestehen, die Inhaber von Klein- und Mittelbetrieben für *eine demokratische Politik der sozialen Ausgewogenheit, des angemessenen wirtschaftlichen Wachstums und der Entwicklung der Produktivkräfte* zu gewinnen. Das darf aber keine taktische, zeitweilige politische Entscheidung sein, sondern muß aus prinzipiellen Gründen und als eine wichtige Voraussetzung für die Gewinnung politischer Mehrheiten eine langfristige, strategische, verlässliche Konzeption sein. Es ist deshalb eine grundlegende Frage, ob beim Aufbau einer alternativen sozialistischen Gesellschaft angesichts der gesammelten Erfahrungen Eigentumspluralismus nicht als eine politische und ökonomische Notwendigkeit anzusehen ist, damit der Weg hin zu einer neuen Gesellschaft überhaupt erst eröffnet und dann auch stabil beschrritten werden kann. Das berührt allerdings eine der Grundprämissen des *Kommunistischen Manifestes*. Aber offensichtlich zwingen die Erfahrungen zu neuen Lösungen. Das sollte man auch deutlich aussprechen.

Der staatssozialistische Versuch offenbart aber auch hier noch weitere Einsichten: Was für eine überschaubare und organisatorisch beherrschbare Anzahl von Großunternehmen hinsichtlich Steuerung und Kontrolle möglich ist, kann für Hunderttausende von Klein- und Mittelbetrieben ohne die direkte persönliche Interessiertheit nicht effektiv und erfahrungsgemäß nur mit hohem Verwaltungsaufwand gewährleistet werden. Es ist außerdem fraglich, ob in der BRD mehr als eine Million Leiter von Klein- und Mittelbetrieben als Angestellte so engagiert und effektiv arbeiten, wie unter der Hoffnung (und dem Zwang), mit Hilfe der eingesetzten eigenen Mittel einen angemessenen persönlichen Gewinn erwirtschaften zu können. Übrigens haben auch die Erfahrungen der DDR mit kleineren und mittleren privaten und halbstaatlichen Betrieben bewiesen, daß die Privateigentümer, die zum Beispiel in der Leichtindustrie 1970 noch

40 Prozent der Produktion erbrachten, weder Feinde oder auch nur Ablehner einer sozialen oder sogar sozialistisch orientierten Gesellschaftsentwicklung waren. Durch staatliche Regulation, selbst durch ein hypertrophiertes Planungssystem, konnte ihre Initiative und Kreativität nicht unterdrückt werden.

Zu den wichtigen und auch für die Zukunft wesentlichen Erfahrungen des Sozialismusversuchs in der DDR – auch in Abweichung vom Vorgehen in anderen staatssozialistischen Ländern – gehört die Organisation landwirtschaftlicher Großproduktion auf der Basis von Produktionsgenossenschaften. Nach anfänglichen Schwierigkeiten hatte sich ab den sechziger Jahren eine genossenschaftliche Landwirtschaft mit großräumigen Produktionseinheiten entwickelt, in denen auf Grundlage des eingebrachten einzelbäuerlichen Eigentums das persönliche materielle Interesse der Bauern unmittelbar mit den Ergebnissen der Produktion der Genossenschaften verbunden war. Die Produktionsgenossenschaften arbeiteten effektiv und vergrößerten die Produktion und die Qualität ihrer Erzeugnisse in Übereinstimmung mit dem Bedarf, so daß es weder Mangel an Nahrungsgütern noch Überproduktion gab. Innerhalb nur einer Generation wurde die einzelbäuerliche Wirtschaft in eine Großraumlandwirtschaft umgestaltet und das Leben auf dem Dorf in vielem dem in der Stadt angenähert. Die Einkommen der Genossenschaftsbauern entsprachen in der zweiten Hälfte der Existenz der DDR etwa dem vergleichbarer Beschäftigter in der Industrie.

Die Stabilität dieser Eigentums- und Produktionsform hat sich auch daran erwiesen, daß sich ein beträchtlicher Teil der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nach dem Beitritt der DDR zur BRD aus eigener Kraft und trotz massiver Behinderungen in Genossenschaften (e. G.) beziehungsweise in GmbH umwandelte und die einzelbäuerliche Wirtschaft in den neuen Bundesländern kaum eine Rolle spielt. Das genossenschaftliche Eigentum ist offensichtlich eine erfolgreiche und zukunftsfähige Eigentums- und Produktionsform in der Landwirtschaft.

Dabei sollte klar sein, daß in einer dezentralen, auf Marktregulation und Eigentumspluralismus beruhenden Wirtschaft das öffentliche respektive staatliche Eigentum einen *wesentlichen* Bestandteil bildet. Diese Form des Eigentums ist ein wichtiges Instrument zur Verwirklichung einer Wirtschaftspolitik, die Rahmenbedingungen für die blind wirkenden Marktkräfte festlegt. Sie stärkt das ökonomische Gewicht eines demokratischen Staates und ist eine wichtige Voraussetzung, um Eigentum und Verfügung darüber in eine Form zu bringen, die Zukunftsfähigkeit ermöglicht. Selbstverständlich schließt das auch die selektive Vergesellschaftung von Privateigentum an Produktionsmitteln beziehungsweise die Bildung solchen gesellschaftlichen Eigentums ein, wenn dies im gesamtgesellschaftlichen Interesse erforderlich ist – zum Beispiel zur Sicherung der ökonomischen Stabilität, der wissenschaftlich-technischen und der ökologischen Entwicklung – oder wenn durch das Privateigentum grundlegende gesellschaftliche Erfordernisse nicht gewährleistet werden können beziehungsweise wenn von dort substantielle ökologische oder gesundheitliche Gefährdungen ausgehen.

»Nicht die Fließgrößen des Geldes sind dabei das entscheidende Kriterium, sondern der dahinter verborgene, in der bürgerlichen Statistik nicht erscheinende Fluß der materiellen Ressourcen. Eine systematische Ausforschung und Kritik der gesamt- und weltgesellschaftlichen ›naturalen Aggregation‹ würde den kapitalistischen Wahnwitz gründlicher zerstören als jede zahllose Gerechtigkeitsparole.«
Robert Kurz: Ideologie der Effizienz, in: Neues Deutschland vom 7. Januar 2000.

»Zu den Schlußfolgerungen, die aus den Umbrüchen zu ziehen sind gehört, daß der Kampf um Reformen in mancherlei Hinsicht heute einen noch höheren Stellenwert erhält. Dies ergibt sich schon daraus, daß wir uns aus heutiger Sicht auf lange Zeiträume hinsichtlich der Überwindung des Kapitalismus durch den Sozialismus einstellen müssen. Das hängt damit zusammen, daß die kapitalistischen Metropolen sich als wandlungs- und anpassungsfähiger erwiesen haben, als wir das früher angenommen haben. (...) An die Seite herkömmlicher Reformpolitik treten qualitativ neue Aufgaben. Es geht um ökologische Reformen, um einen solchen stofflichen Umbau des Produktivkraftsystems, der den Raubbau an der Natur beendet und die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen gewährleisten kann ... Der ökonomische Inhalt antimonopolistischer Reformpolitik kann dabei noch nicht die Lösung der Eigentumsfrage sein.«

Robert Steigerwald auf der wissenschaftlich-politischen Konferenz »Nachdenken über den Sozialismus« im Oktober 1999 in Berlin (vgl. Nachdenken über Sozialismus, Schkeuditz 2000, S. 31-34).

Der ungarische Reformökonom *János Kornai* hat in seiner Arbeit *Economics of Shortage* ein ökonomisches Modell von »Volkswirtschaften sowjetischen Typs« entwickelt, in dem er die Planwirtschaft als eine angebotsbeschränkte Wirtschaft bezeichnet, in der Knappheit (definiert durch administrative Rationierung von Gütern und Diensten, Ressourcen und Kapazitäts-

Solche Maßnahmen liegen auf der Linie der Gestaltung einer menschenfreundlichen, der sozialen Gerechtigkeit und ökologischen Vernunft verpflichteten Politik. Das Ausmaß solcher Vergesellschaftungen sollte von der konkreten wirtschaftlichen Situation und den im jeweiligen Zeitabschnitt angestrebten wirtschaftlichen Zielen abhängig gemacht werden. Die eigentliche Streitfrage ist offensichtlich nicht, ob es eine Marktwirtschaft ohne Privateigentum geben kann oder nicht. Die Frage heißt vielmehr, wieviel Privateigentum an Produktionsmitteln ist nötig, oder anders ausgedrückt, wieviel Staatseigentum beziehungsweise Vergesellschaftung ist zulässig, damit der marktwirtschaftliche Regulationsmechanismus, der für die nahe und mittlere Zukunft offensichtlich unverzichtbar ist, wirksam bleibt.

Reform oder Revolution?

Die Herausbildung einer alternativen Gesellschaft kann offenbar nur ein Projekt der fernerer Zukunft sein. Das ergibt sich nicht nur daraus, daß der Weg dahin eine Periode intensiver politisch-ökonomischer Auseinandersetzungen sein wird, sondern auch daraus, daß eine vollendete sozialistische Gesellschaft in einem Teil der Welt ohne Lösung der Probleme der »Dritten Welt« schwer vorstellbar ist. In Anlehnung an die Marxschen Gedanken in seiner *Kritik des Gothaer Programms* kann dabei eine sozialistische Gesellschaft ins Auge gefaßt werden, die durch das Verteilungsprinzip »Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung« bestimmt wird. Nach *Marx* geht es um die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft, »eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage entwickelt hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervorgeht; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.«

Diese Gesellschaft würde charakterisiert durch die Nutzung des gesellschaftlich-demokratisch kontrollierten, dezentralen Mechanismus der Marktregulation und basiert auf Eigentumspluralismus. Diese Überlegungen schließen ein, daß die Umgestaltung der Gesellschaft nicht gewaltsam, sondern im wesentlichen friedlich in vielen Schritten durch die Gewinnung politischer Mehrheiten erfolgt. Das ist zweifellos ein reformerischer Weg. Dieser Weg bedeutet Veränderung des Bestehenden auf der Grundlage des Bestehenden. Das verstößt nicht gegen das bundesdeutsche Grundgesetz, sondern bedeutet seine konsequente Verwirklichung.

Ist das gleichbedeutend mit der Preisgabe des Marxismus, der Marxschen Analyse der konkreten Realität und deren Schlußfolgerungen? Auch die besten, wissenschaftlich begründeten Voraussagen gesellschaftlicher Entwicklungen bleiben immer Voraussagen, Annahmen, Hoffnungen. Die Marxsche Methode verpflichtet geradezu dazu, die Schlußfolgerungen aus der Analyse des Bestehenden immer wieder an neuen Entwicklungen zu überprüfen. Dem Marxismus widerspricht direkt die scholastische Verteidigung solcher Voraussagen und ihre Dogmatisierung. Wer heute jede Überprüfung Marxscher Voraussagen künftiger gesellschaftlicher Entwicklungen

als Opportunismus und Reformismus bezeichnet, muß auch *Lenin* als Verräter am Marxismus, als Opportunisten einstufen. Wenn man allerdings der Meinung ist, daß die sozialistische Oktoberrevolution, dieser erste große Versuch zur Schaffung einer alternativen Gesellschaft, ein Fehler war, dann träfe dies zu.

Wie breit das Spektrum der Schlußfolgerungen aus den Umbrüchen an der Wende vom 20. zum 21. Jahrhundert selbst unter Kommunisten ist, wird am Beschluß der KP Japans – einer der größten heute noch bestehenden kommunistischen Parteien der Welt – deutlich. Auf ihrem jüngsten Parteitag beschlossen die Delegierten, alle ideologischen Artikel aus ihrem Programm zu streichen und ihre politische Strategie auf »demokratische Reformen im Rahmen des Kapitalismus« auszurichten.

In diesem Zusammenhang ist das Studium des chinesischen Weges von besonderer Bedeutung, weil dort der Weg vom Staatssozialismus, der ursprünglich viele Übereinstimmungen mit den europäischen Modellen aufwies, in eine sozialistische Marktwirtschaft beschritten wird. Das Argument, daß die chinesische Situation zu viele Besonderheiten aufweise, um für andere eine Orientierung sein zu können, verliert immer mehr an Bedeutung. Die chinesischen Kommunisten haben aus einer langen, teilweise eigenwilligen, aber im ganzen bisher unglaublich erfolgreichen Entwicklung tiegreifende Schlußfolgerungen gezogen und in ihrer Verfassung festgeschrieben – insbesondere Sozialistische Marktwirtschaft und Eigentumspluralismus. Was allerdings in den Medien als »Entscheidung, die Partei für Unternehmer zu öffnen« und »die Unternehmer stellen ein wichtiges Fundament der Gesellschaft dar«⁸ verbreitet wurde, liest sich in der autorisierten Übersetzung der Rede *Jiang Zemin*s vom Juli 2001 folgendermaßen: »Es ist ... kein ausreichendes Kriterium zur Beurteilung der politischen Fortschrittlichkeit oder Rückständigkeit von Menschen, ob sie Eigentum haben und wie viel sie haben, vielmehr soll man ihr politisches Denken und ihr wirkliches Verhalten bewerten und darauf achten, wie sie das Eigentum erworben haben ... und es verwenden.« Und weiter heißt es: »Die Parteimitglieder, die aus den Reihen der Arbeiter, Bauern, Intellektuellen und Armeeangehörigen sowie der Kader kommen, sind ... das Rückgrat der Partei. Gleichzeitig sollen auch vorzügliche Menschen aus den anderen Bereichen der Gesellschaft, ... wenn sie nach langer Erprobung den Bedingungen entsprechen, in die Partei aufgenommen werden.« Bemerkenswert sind auch die Informationen über die Beteiligung von Belegschaftsangehörigen und Managern bei der Privatisierung von Staatsbetrieben. Dabei wird das Prinzip verwirklicht, daß nur verkauft und nicht verschenkt wird, etwa nach der russischen Art der »Voucher-Privatisierung«.

Man kann zu diesen Fragen unterschiedlicher Meinung sein, insbesondere hinsichtlich der damit verbundenen sozialen und regionalen Zuspitzungen, die zu einer Gefahr für das System insgesamt werden könnten. Es bleibt der Fakt, daß dies Schlußfolgerungen zu fundamentalen Fragen der Theorie und Praxis einer Partei sind, die die Verantwortung für ein Land mit 1,3 Milliarden Menschen übernommen hat, das vom Feudalismus zu einer Weltmacht aufgestiegen ist, während andere nach ihrem Scheitern gegenwärtig nur mehr theoretisch darüber debattieren können.

mängel) systemimmanent ist und sich im Zeitablauf tendenziell verstärkt. Er beschreibt das in Form eines Hydrauliksystems als Analogie für Bestands- und Stromgrößen in der Volkswirtschaft. Abgesehen davon, daß es fragwürdig ist, Gesetze der Naturwissenschaft und technische Wirkprinzipien für die Darstellung gesellschaftlicher Erscheinungen und ökonomischer Gesetze anzuwenden, ist bemerkenswert, daß er dabei die Einschränkung macht, daß der Staat in den Planwirtschaften generell über die Möglichkeit verfügt, für ein Gleichgewicht zwischen Konsumgüterangebot und -nachfrage zu sorgen; und zwar dadurch, daß er die Einkommen der Konsumenten und die Preise für Konsumgüter so festsetzt, daß das in Preisen bewertete Angebotsvolumen gerade der monetären Nachfrage entspricht. Nach ihm verfügt die Planwirtschaft – zumindest theoretisch – im Konsumgütersektor über Instrumente, Angebot und Nachfrage in etwa im Gleichgewicht zu halten. Im Produktionsmittelsektor sei dies nicht der Fall, weil in diesem Bereich kein Markt existiere. Damit wird aber zugleich die allenthalben behauptete unabwendbare Zwangsläufigkeit einer allumfassenden »sozialistischen Mangelwirtschaft« widerlegt.

Erstaunlicherweise spielt das chinesische Beispiel in den Debatten über die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung in Europa eine geringe Rolle. Mit welcher Konsequenz dieses Konzept grundlegender Reformen verwirklicht wird, zeigen folgende Fakten über den Fünfjahrplan 2001 bis 2005:

»Um sich der Welt draußen zu öffnen, muß China zuerst seine industriellen Monopole und regionalen Barrieren niederreißen und jede Diskriminierung der nichtstaatlichen Wirtschaft hinsichtlich des Marktzugangs loswerden.« Große chinesische Unternehmen haben im Jahre 2000 durch den Gang auf internationale Börsen 21 Milliarden US-Dollar mobilisiert. Im Jahre 2001 rechnet man mit 30 Milliarden. Im Jahre 2000 betrugen die vereinbarten ausländischen Direktinvestitionen in China ca. 40 Milliarden US-Dollar (Angaben aus: Neues Deutschland vom 26. Januar 2001).

Da bei der Verwirklichung der konkreten Formen der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organisation in den staatssozialistischen Ländern grundlegende Probleme und Mängel besonders hinsichtlich der Behandlung des Eigentums an Produktionsmitteln aufgetreten sind, befinden sich die linken Kräfte heute zu dieser Frage in der Defensive. Es besteht eine nicht zu übersehende Unsicherheit, wie in der heutigen Welt und in der Zukunft die Antworten auf diese Frage aussehen könnten. Auch bei den Parteien, die nicht – wie die sozialdemokratischen – ihren prinzipiellen Frieden mit der kapitalistischen Gesellschaft geschlossen haben, gibt es dazu noch wenig fundierte programmatische Aussagen.

Dies ist offensichtlich ein Weg, den mehr oder weniger ähnlich auch die DDR und andere staatssozialistische Länder hätten gehen müssen, um aus der Sackgasse des sowjetisch geprägten Wirtschaftsmodells heraus zu kommen. Der Entwurf des *Neuen ökonomischen Systems* in der ersten Hälfte der sechziger Jahre in der DDR war ein erster halber Schritt in diese Richtung. Heute steht man hier vor einer ganz anderen Situation. Nicht eine Entwicklung vom Staatssozialismus zu einer wie auch immer gearteten sozialistischen Marktwirtschaft steht auf der Tagesordnung, sondern zunächst die Bändigung eines von den USA ausgehenden und auch in Europa immer noch Boden gewinnenden entfesselten neoliberalen, die Zukunft der Menschheit zerstörenden marktradikalen Kapitalismus. Es geht um eine gesteuerte, der menschlichen Vernunft und demokratischer Politik unterworfenen Nutzung marktmaßiger Regulation. Nur der Aufbau einer solchen sozialistischen Gesellschaft »wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft hervor geht«, kann das strategische Ziel heutiger Politik sein und offensichtlich nur dieser Abschnitt der gesellschaftlichen Entwicklung ist heute programmfähig.

Die Hauptfrage heute ist, wie man auf den Weg dahin gelangt. Entscheidend ist doch nicht die detaillierte, methodische, instrumentale Ausgestaltung eines kommunistischen Endziels der Menschheitsentwicklung, sondern der anzustrebende Inhalt, der mit folgenden *Hauptzielen* umrissen werden kann: Höchstmögliche soziale Gerechtigkeit, Schließung der Schere zwischen Arm und Reich, Beseitigung von Hunger, Elend und Unterentwicklung, Sicherung der ökologischen Grundlagen der Menschheitsentwicklung und die Gestaltung einer solidarischen, von ethischen Werten geprägten Gesellschaft.

Ist das eine soziale oder eine sozialistische Marktwirtschaft? Die Chinesen nennen es »sozialistische Marktwirtschaft«. Minimalistisch formuliert, könnte man es auch als konsequente *Fortentwicklung der Grundgedanken der sozialen Marktwirtschaft* auffassen – ob es den Intentionen der Vertreter dieses Modells entspricht oder nicht. Der Erfinder des Begriffs »soziale Marktwirtschaft«, *Alfred Müller-Armack*, seinerzeit Staatssekretär im Bonner Wirtschaftsministerium, hat dies als eine »ordnungspolitische Idee« formuliert: Ihr Ziel sei es, »auf der Basis der Wettbewerbswirtschaft die freie Initiative mit einem gerade durch die marktwirtschaftliche Leistung gesicherten sozialen Fortschritt zu verbinden« so daß »auf der Grundlage einer marktwirtschaftlichen Ordnung ein vielgestaltiges und vollständiges System sozialen Schutzes errichtet werden«⁹ könne. Dem liegt eben auch die Überlegung zugrunde, daß es unter den heutigen ökonomischen, politischen und waffentechnischen Bedingungen keine chinesische Mauer zu geben braucht zwischen der Verteidigung des Sozialstaatsprinzips, der Erreichung größerer sozialer Gerechtigkeit auf der Basis des Bestehenden einerseits und der Schaffung einer qualitativ neuen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung andererseits.

Eine solche Auffassung wird nicht selten als *Reformismus*, als Verrat am revolutionären Marxismus kritisiert. Es drängt sich hier die Erinnerung an die Kritik auf, der *Engels* ausgesetzt war, als er in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts die Er kämpfung der parlamentarischen Republik als das nächste strategische Ziel der Arbei-

terklasse bezeichnete. Wenn man heute den Weg zur Herausbildung einer alternativen Gesellschaft ins Auge faßt, dann beginnt das sicher mit der Gewinnung politischer Mehrheiten zur Verteidigung des Sozialstaatsprinzips, der Umkehrung der Umverteilung von unten nach oben; das heißt zunächst der *Zurückdrängung der Dominanz des Profitprinzips*, dem Abstoppen der neoliberalen Welle, die auch die bescheidenen Reformvorhaben der Schröder-Regierung bestimmt. Das ist der Kampf, der sich gegenwärtig abspielt und in dem zunächst Ergebnisse erzielt werden müssen. Erst von da aus ergibt sich die Möglichkeit nicht nur der Zurückdrängung der Dominanz des Profitprinzips, sondern der schrittweisen *Einschränkung seines Wirkungsbereiches*. Das könnte in der Richtung liegen, die *Lionel Jospin* auf dem 21. Kongreß der Sozialistischen Internationale im November 1999 in Paris umrissen hat. »Die Gesundheit, die Werke des Geistes, die Arbeit, die Umwelt sind keine Ware.«¹⁰

Man muß sicher konzedieren, daß die gesetzliche Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich – eine für die BRD zur Zeit nicht vorstellbare Maßnahme – ein kleiner Schritt in diese Richtung ist. Andererseits kann auch der Atomausstieg in der BRD – bei allen Einschränkungen – als ein solcher Schritt eingeschätzt werden, der wiederum für Frankreich gegenwärtig nicht durchsetzbar ist. Das macht auch deutlich, wie differenziert die schrittweise Veränderung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse angegangen werden muß. Daß dabei auch die Denkmuster des neunzehnten Jahrhunderts zur Klassensituation neu überdacht werden müssen, macht die Tatsache deutlich, daß gegen das Gesetz zur Einführung der 35-Stunden-Woche in Frankreich die Fernfahrer in einer Front mit den Eigentümern der Speditionsunternehmen gestreikt haben. Diese Beispiele zeigen aber auch, daß Veränderungen möglich sind und ganz im Sinne von *Engels* strategische Bedeutung besitzen.

Transformationszwänge und -visionen

Die Grundfrage bleibt natürlich, ob solche Entwicklungen unter friedlichen Bedingungen in den Metropolen der Weltwirtschaft möglich sind, ob der blinde Mechanismus der Marktregulierung im übergeordneten Menschheitsinteresse steuerbar ist. Die linken Kräfte wären gut beraten, wenn sie dabei nicht nur und vielleicht nicht einmal in erster Linie von ihren eigenen Traditionslinien und Theorien der Kritik an der kapitalistischen Marktwirtschaft ausgingen, sondern sich auch auf den großen Fundus der aktuellen bürgerlichen Wirtschaftstheorie zu »Markt- und Staatsversagen« stützen würden. So stammt zum Beispiel von *Wilhelm Röpke* (1899 – 1966) die Einsicht: »Marktwirtschaft ist nicht alles.«¹¹ In einer Leistungsgesellschaft sei sie zwar nicht zu entbehren. Ohne Grenzen und Ordnung aber müsse sie »verrotten und mit ihren Fäulnisstoffen alle anderen Bereiche der Gesellschaft vergiften«. Der Markt brauche Rahmenbedingungen: Sitten, Gesetze, moralische Voraussetzungen – »Eigenschaften, die der Markt nicht erzeugt, sondern verbraucht«. Im Zentrum des Werkes des bekannten Nationalökonom *Walter Eucken* (1891-1950)¹², von dem es eine enge Beziehung zu *Alfred Müller-Armack*, *Franz Böhm* und *Ludwig Erhard*, den Vätern der sozialen Marktwirtschaft, gibt, stand die Kritik wirtschaftlicher Macht

und die Suche nach Strukturen, die sie begrenzen könnten. Begriffe wie »Ordnungspolitik« und »Rahmenbedingungen« sind seitdem aus der wirtschaftswissenschaftlichen Diskussion nicht mehr wegzudenken. Sie sind verbunden mit der *Freiburger Schule* und dem *Ordoliberalismus*. Gerade dagegen liefen und laufen die Neoliberalen und Deregulierer Sturm.

Nicht nur der Papst erklärt Neoliberalismus inzwischen zu einem System, »das sich auf ein von wirtschaftlichen Aspekten dominierendes Menschenbild stützt, das Gewinn und Marktgesetze als absolute Parameter ansieht auf Kosten der Menschenwürde und des Respektes vor Personen und Völkern«. Überhaupt profiliert sich die katholische Soziallehre seit längerem deutlich in Richtung der Kritik des freien Marktes und der Verurteilung der sozialen Polarisierung. Das Ausmaß des allgemeinen Unbehagens zeigt sich schließlich vollends, wenn einer der profiliertesten Börsenspekulanten, Herr über Investmentfonds, die in den vergangenen Jahren das britische Pfund, die Währungen der südostasiatischen Länder sowie den Rubel in Rußland in Gefahr gebracht und schwer geschädigt haben, *George Soros*, als Fazit seiner Erfahrungen feststellt, daß die Marktwirtschaft nicht zum Gleichgewicht, sondern zum Ungleichgewicht und damit zum Chaos tendiert. Der Markt sei seinem Wesen nach instabil und »bestimmte Bedürfnisse lassen sich nicht befriedigen, indem man den Marktkräften freies Spiel gewährt«¹³.

Für die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen sowie von Steuerungs- und Lenkungsmechanismen kann offenbar ein breiter gesellschaftlicher Konsens gefunden werden. Die soziale Marktwirtschaft, wie sie sich nach dem Zweiten Weltkrieg in der BRD und mehr oder weniger auch in Frankreich, Italien und anderen europäischen Ländern herausgebildet hat, kann als Beweis dafür gelten, daß die marktwirtschaftliche Ordnung gestaltbar ist, wenn der politische Wille dafür vorhanden ist beziehungsweise auf der Grundlage der demokratischen Ordnung organisiert wird. Auch im internationalen Rahmen gibt es eine Reihe von Elementen, die in diese Richtung weisen, deren Arbeitsinhalte jedoch weiter entwickelt und weit mehr noch grundlegend umgestaltet werden müssen.

Man könnte einwenden, daß dies weltfremd und illusorisch sei. Aber die Entwicklung hat gezeigt, daß es bei Beharrlichkeit und Geduld Schritte in die richtige Richtung geben kann. Die gerade gegenwärtig sich verschärfenden Auseinandersetzungen zwischen den Hauptgruppen des Weltkapitals – USA, Japan, Europa – schaffen im Zusammenhang mit dem wachsenden Gewicht der ›Dritten Welt‹ zweifellos Möglichkeiten für die Verwirklichung von Schritten, um die die menschliche Gesellschaft als Ganzes bedrohenden Exzesse des ›big business‹ schrittweise einzuschränken. Noch hat es nicht zu greifbaren Konsequenzen geführt – gegenwärtig scheint es mit dem Amtsantritt der Bush-Administration sogar substantielle Rückschläge zu geben –, aber es ist eine Tatsache, daß die USA als größter Verschmutzer der Atmosphäre zunehmend in die Isolierung geraten. Eine ähnliche Situation ergibt sich hinsichtlich der Schaffung eines internationalen Gerichtshofes, hinsichtlich des Verbotes von Landminen und im Zusammenhang mit der beabsichtigten Errichtung eines Raketenabwehrsystems. Ein weiteres, nicht zu unterschätzendes

»Dem dynamischen Markt muß eine starke Zivilgesellschaft gegenüber stehen, die sich nicht auf Vorurteile, sondern vereinbarte Regelungen stützt sowie ein informierter Staat. ... Wir sehen die Notwendigkeit, den institutionellen Rahmen zu verbessern, in dem die Finanzmärkte operieren; und zwar durch effiziente Regulierungen, Überwachungsmechanismen und Rechenschaftsverfahren« (Modernes Regieren im 21. Jahrhundert. Konferenzbericht; zitiert nach: Neues Deutschland vom 5. Juni 2000).

Ereignis ist die ›Abwahl‹ der USA aus dem UN-Menschenrechtsausschuß. Auch die Konferenz von Regierungschefs aus aller Welt Ende Mai 2000 in Berlin unter dem Motto »Modernes Regieren im 21. Jahrhundert« weist in diese Richtung.

Es scheint sich in den verschiedensten Schichten der Gesellschaft die Erkenntnis Bahn zu brechen, daß die drängenden Probleme der menschlichen Gesellschaft, wie Raubbau an Ressourcen, Zerstörung der Atmosphäre, Hunger, Armut und Unterentwicklung besonders in der ›Dritten Welt‹, nicht durch die weitere Entfaltung der Marktkräfte, die ja gerade die Hauptursachen für diese Probleme sind, gelöst werden können, sondern eine vernunftbasierte Steuerung und Lenkung der Marktkräfte nötig ist.

Das ist aber nur eine Seite der Schlußfolgerungen. Die tiefer und weiter gehenden Konsequenzen, die gegenwärtig zunächst noch in sehr allgemeiner und vager Form geäußert werden, bestehen in der Aufdeckung und schrittweisen Beseitigung der Wurzeln jenes zerstörerischen Terrorismus, der am 11. September 2001 seinen bisherigen Höhepunkt erreichte. Er wurde nicht von unwissenden, zurückgebliebenen, von ›normaler‹ krimineller Energie getriebenen Menschen ins Werk gesetzt, sondern von gebildeten Personen, die schon lange in der westlichen Welt gelebt haben. Ihr Hauptmotiv ist es offensichtlich, gegen die Exzesse der sozialen und ökonomischen Ungerechtigkeit der von den Industriestaaten dominierten Weltwirtschaftsordnung mit Gewalttaten anzukämpfen, weil sie im ›fairen Wettbewerb‹ chancenlos sind. Das ist keine Entschuldigung dieser Terrorakte, aber damit wird auf ihre sozialen Wurzeln verwiesen, deren Veränderung eine wichtige Rolle bei der ›Austrocknung des Sumpfes des Terrorismus‹ spielen muß. Eine bloße Aufstockung der in den letzten Jahren sogar rückläufigen Aufwendungen für ›Entwicklungshilfe‹ reicht dafür allerdings nicht aus. Notwendig wäre, eine grundlegende Veränderung des »weltweiten ordnungspolitischen Rahmens für die Weltwirtschaft durchzusetzen« (Rainer Brüderle, FDP). Nun gilt es, diese richtige Einsicht auch gegen den Widerstand mächtiger Interessengruppen in konkrete, koordinierte Taten umzusetzen.

In bezug auf Einsichten in die Notwendigkeiten zur Terrorbekämpfung herrscht seltene Einigkeit quer durch die Parteien und politischen Lager: »Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bereitschaft der Bundesregierung ... zusammen mit anderen Nationen und internationalen Institutionen humanitäre Hilfe zu leisten sowie politische und ökonomische Konzepte zu erarbeiten, die geeignet sind, die Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen und ihm den Nährboden zu entziehen« (Entschließung des Deutschen Bundestages vom 19. September 2001). Der Russische Präsident *Putin* erklärte anlässlich seines Deutschlandbesuches, daß die »Weltgemeinschaft gemeinsam Konzepte gegen die Armut entwickeln« müsse. Und *Gregor Gysi* sagte in seiner Rede in der Berliner Nikolaikirche, daß der Kampf gegen den Terrorismus letztlich nur zu gewinnen sei, »wenn er zu einer demokratischeren und gerechteren Welt- und vor allem Weltwirtschaftsordnung führt«.

1 Vgl. John Kenneth Galbraith: Die Geschichte der Wirtschaft im 20. Jahrhundert, Hamburg 1996, S. 253.

2 Vgl. Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme, München, Wien 1995, S. 317.

3 Vgl. Ernest Mandel: Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft. Eine Kritik des marktwirtschaftlichen Sozialismus, in: OktoberTexte 2, Köln, Dezember 1989.

4 Volkswirtschaftsplanung (Lehrbuch), Berlin 1974, S. 60.

5 Vgl. Robert Kurz: Ideologie der Effizienz, in: Neues Deutschland vom 7. Januar 2000.

6 Vgl. Ernest Mandel: Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft ..., a. a. O.

7 Vgl. Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW, Bd. 19.

8 Vgl. Berliner Zeitung vom 2. Juli 2001.

9 Zitiert nach: Ministerium für innerdeutsche Beziehungen: Materialien zum Bericht zur Lage der Nation im geteilten Deutschland 1987, Bonn 1987, S. 14.

10 Zitiert aus: Berliner Zeitung vom 9. November 1999.

11 Wilhelm Röpke: Jenseits von Angebot und Nachfrage, in: Ders., Ausgewählte Werke, Bern 1959.

12 Vgl. Walter Eucken: Die Grundlagen der Nationalökonomie, Jena 1944.

13 George Soros: Die Krise des globalen Kapitalismus, Berlin 1998.